

Materialpaket II

für die

2. Tagung des 7. Parteitags der Partei DIE LINKE. Hamburg

in Bürgerhaus Wilhelmsburg

Freitag, den 25. März &

Samstag, den 26. März 2022

Tagesordnungsvorschlag

Freitag, 25.03.2022

16:00 Uhr bis 17:15 Uhr Mandatsprüfung

Begrüßung durch die Landessprecher:innen

17:15 bis 17:30 Uhr

0. Konstituierung

17:30 bis 17:45 Uhr

1. Aufgaben für die LINKE: Schwerpunkt Frieden und Soziales

17:45 bis 20:45 Uhr

a. Einleitung zum Thema

Jörg Schindler „Positionen der LINKEN zum Krieg in der Ukraine“

10 Min.

b. Aussprache

90 Min.

c. Vorstellung von Anträgen

d. Beschlussfassung

2. Bericht der Bürgerschaftsfraktion

20:45 bis 21:30 Uhr

a. Bericht

10 Min.

b. Aussprache

35 Min.

Samstag, 26.03.2022

08:45 Uhr bis 10:00 Uhr Mandatsprüfung

3. Keine Profite mit Boden und Miete

10:00 bis 11:30 Uhr

a. Grußwort der Volksinitiative

10 Min.

b. Vorstellung Resolution „Den Mietenkampf verstärken -
Volksbegehren unterstützen“

10 Min.

c. Aussprache

60 Min.

d. Beschlussfassung

10 Min.

**4. Beschluss zu den Wahlkreisen zur Wahl der Delegierten
zum 8. Bundesparteitag**

11:30 bis 12:00 Uhr

5. Wahl der Delegierten zum Bundesausschuss

12:00 bis 13:00 Uhr

Mittagspause

13:00 bis 13:45 Uhr

6. Neuwahl der Schiedskommission

13:45 bis 14:30 Uhr

7. Neuwahl der Revisionskommission

14:30 bis 15:00 Uhr

8. Nachwahlen Landesvorstand

15:30 bis 16:30 Uhr

a. Wahl Bezirksvertreter:in BV HH-Mitte

b. Wahl Bezirksvertreter:in BV Harburg

Pause

16:30 bis 17:00 Uhr

9. Finanzplan 2022

17:00 bis 17:45 Uhr

a. Vorstellung

10 Min.

b. Nachfragen

20 Min.

c. Beschlussfassung

15 Min.

10. Weitere Anträge

17:45 bis 19:00 Uhr

(Der Tagesordnungspunkt 10 wird in den Zählpausen der TOPs 5, 6, 7 und 8 begonnen)

11. Verschiedenes

Ende um 19:00 Uhr

Inhaltsverzeichnis

Materialpaket I, Stand: 22.03.2022 10:30

2. Tagung, 7. Landesparteitag

Inhaltsverzeichnis

Nr.	Beschreibung	Antragstellerin	Seite
	Tagesordnung	Landesvorstand	2
A 14D-10	Dringlichkeitsantrag: „Dem Spardiktat etwas entgegensetzen – Vermögende fair besteuern. In die Zukunft und den sozialen Zusammenhalt investieren.“	Wolfgang Bruhn, David Stoop, Olga Fritzsche	4
	Resolutionsvorschläge (Stand: 24. März)	Diverse	6
	Organisatorisches (hier nur Kandidaturen Stand: 24. März)		10

Dem Spardiktat etwas entgegensetzen – Vermögende fair besteuern. In die Zukunft und den sozialen Zusammenhalt investieren.

Wenn das Sparen zum Fetisch wird

„Hamburg muss sparen“. So das Mantra des Rot-Grünen Senats. Und dieses Mantra wird, allen äußeren Umständen zum Trotz beibehalten. Auch wenn Steuereinnahmen über den vormaligen Schätzungen liegen – das Sparen wird zum Fetisch.

DIE LINKE widersetzt sich diesem Spardiktat. Aus sozialen Gründen, aus ökologischen Gründen aber auch aus Gründen der wirtschaftlichen Stabilität. Wer am falschen Ende spart, steht auch finanziell bald schlechter da.

Zum kommenden Haushalt 2023/24 erwartet Hamburg ein nie dagewesener Kürzungshammer. Denn es kommen gleich mehrere Faktoren zusammen. Aufgrund der Regelung der Schuldenbremse wurde das Neuverschuldungsverbot lediglich ausgesetzt, aber nicht abgeschafft. Die Folge ist, dass zum einen die Corona-Sondermittel ab 2024 in den kommenden 20 Jahren zurückgezahlt werden müssen und zum anderen die sogenannte „Konjunkturkomponente“ gefüllt werden muss. Und das, obwohl die Corona-Krise Spuren im gesamten Haushalt hinterlassen wird.

Werden große Vermögen und übergroße Einkommen weiterhin nicht an den Corona-Krisenkosten beteiligt, werden GeringverdienerInnen und TransferleistungsbezieherInnen besonders stark belastet. Gleichzeitig fehlt der öffentlichen Hand Geld, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, um Bildung und Nahverkehr zu fördern und Hamburg zukunftsfest zu machen.

Doch es geht auch anders – aber nur wenn es Konzernen und der Rüstung dient?

Während der letzten beiden Jahre hat sich auch in Hamburg gezeigt, dass die Stadt durchaus in der Lage ist, Geld aufzubringen und zu investieren, wenn der politische Wille da ist. Es ist also kein Naturgesetz, dass notwendige Ausgaben und Investitionen unterlassen werden, sondern eine politische Entscheidung.

Ebenso ist es eine politische Entscheidung, diejenigen mit hohen Einkommen und Vermögen zu privilegieren und denen die nichts oder wenig haben nicht mal einen Inflationsausgleich zukommen zu lassen, ihre Einkommen also zu mindern.

Wie schnell alle Beteuerungen zur „schwarzen Null“ vergessen sind, zeigt die Debatte um das „Sondervermögen Rüstung“ mit einer Summe von 100mrd Euro im Bund.

Dafür soll im Schnelldurchlauf eine Sonderregelung ins Grundgesetz, die die eigentliche Schuldenbremse außer Kraft setzt.

Ja, für DIE LINKE ist es richtig die Schuldenbremse im Bund wie auch in Hamburg außer Kraft zu setzen und dafür das Grundgesetz wie auch die Hamburgische Verfassung zu ändern. Aber nicht für Aufrüstung. Selbst wenn es darum geht, dem Krieg gegen die Ukraine zu begegnen, ist die Beendigung der Abhängigkeit von fossilen Energien, vor allem Öl und Gas die auch aus autokratischen Regimen importiert werden müssen, das vorrangige Ziel.

Eine soziale, ökologische und ökonomisch nachhaltige Finanzpolitik muss in die Zukunft und in den sozialen Zusammenhalt investieren. Wenn Teilhabechancen aller Menschen an der Gesellschaft fehlen, werden die Kosten der zukünftigen Generation aufgebürdet.

Dringlichkeitsantrag: „Dem Spardiktat etwas entgegensetzen – Vermögende fair besteuern. In die Zukunft und den sozialen Zusammenhalt investieren.“Antragsteller:in: Wolfgang Bruhn, David Stoop, Olga Fritzsche,...

24. März 2022

39 Der Sparhammer trifft Hamburg hart.

40 Wer am sozialen Zusammenhalt spart, legt die Axt an die Grundfesten unserer Gesellschaft an. Doch genau
41 diesen Weg geht Hamburgs Rot-Grüner Senat weiterhin. Und das spürt man. Während großen Unternehmen
42 wie Hapag Lloyd oder der Kreuzfahrtriese AIDA Cruises, der wie selbstverständlich zur Steuervermeidung
43 seine Schiffe ausflaggt, auch noch Millionensubventionen erhalten, wird das Schulessen für Hamburgs Schü-
44 lerInnen spürbar teurer. Statt wie bisher 665 Euro kostet Schulessen 95 Euro mehr im Jahr – eine Verteue-
45 rung um 14%.

46 Während die Obdachlosigkeit unverändert hoch bleibt, die Zahl von Drogentoten neue Höchstwerte erreicht,
47 wird genau dort in Hamburg weiter gespart.

48 Mit dem Euphemismus „globale Minderkosten“ werden die Behörden der Stadt dazu verdonnert, selbst die
49 von der Bürgerschaft veranschlagten Ausgaben nicht zu tätigen. Das bedeutet, dass Stellen, die eigentlich
50 gebraucht werden, einfach nicht besetzt werden. Oft bedeutet das, dass der Mangel an ErzieherInnen noch
51 vergrößert wird. Besonders hart wird dies den Bereich der Sozialbehörde. Von den eigentlich beschlossenen
52 Ausgaben sollten 2021 88 Millionen Euro – trotz Bedarfs – nicht ausgegeben werden. Im Jahr 2023 soll die-
53 ser Wert auf etwa 175 Millionen Euro steigen. Gerade dieser größte Hamburger Einzelhaushalt besteht zum
54 allergrößten Teil aus gesetzlichen (Transfer-)leistungen wie der Sozialhilfe, die Hamburg auszahlen muss,
55 quasi nur ein "Durchlaufposten". Kürzungen sind also fast ausschließlich in den sonstigen Bereichen mög-
56 lich. Was das für die ohnehin schon stark ausgedünnte Hamburger Soziale Infrastruktur bedeutet, kann man
57 an jüngsten Kürzungsentscheidungen des Senats erahnen.

58 Große Vermögen und Konzerne werden verschont.

59 Das Geld wäre da. Würden alleine die Milliarden Gewinne von Hapag Lloyd genauso besteuert wie bei Klein-
60 unternehmerInnen und dem Mittelstand, hätte Hamburg hunderte Millionen Euro mehr zur Verfügung.

61 Während KäuferInnen von kleinen Eigentumswohnungen den vollen Satz bei der Grunderwerbsteuer zahlen
62 müssen, zahlen Immobilienkonzerne wie Vonovia, Deutsche Wohnen oder die Adler Group, die mit dem Hols-
63 tenareal spekuliert, für den Erwerb von hunderten und tausenden von Wohnungen gar nichts – weil der Staat
64 den Immobilienkauf bei „Share Deals“ von der Grunderwerbsteuer freistellt. Auch hier verliert die Stadt hun-
65 derte Millionen Euro an Steuern. Und immer noch leistet sich Deutschland eine der niedrigsten Körper-
66 schaftsteuern bundesweit. Damit ist Deutschland eines der Länder in denen Arbeit viel höher besteuert wird
67 als Kapitalerträge. Es ist kein Naturgesetz, dass dies so bleibt. Es sind politische Entscheidungen.

68 Was DIE LINKE dem Spardiktat entgegenstellt

69 Wir fordern von der Ampel im Bund wie auch dem Rot-Grünen Senat:

- 70 ■ Vermögende zur Kasse durch eine angemessene Besteuerung von Vermögen, einer angemessenen
- 71 Besteuerung von Konzerngewinnen und Immobiliendeals
- 72 ■ Ausbau erneuerbarer Energien
- 73 ■ Abschaffung der Schuldenbremsen im Bund wie auch in der Hamburgischen Verfassung
- 74 ■ Verbesserung des gesamten öffentlichen Personennahverkehrs und dauerhafte Senkung der Preise
- 75 im HVV
- 76 ■ mehr Mittel für den sozialen Zusammenhalt
- 77 ■ mehr Mittel für die Bildung von der Krippe bis zur Hochschule und der Erwachsenenbildung
- 78 ■ angemessene Tarifabschlüsse über der Inflationsrate im öffentlichen Dienst

79 Das Geld ist da. Es haben nur die Falschen.

Resolution Ukraine, Enno Drewes, 23.03.2022

„Wir fordern den bedingungslosen Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine. Keine politische Entwicklung der letzten Jahre kann diesen menschenverachtenden Angriffskrieg gegen die Ukraine rechtfertigen. Wir solidarisieren uns mit allen vom Krieg betroffenen Menschen und fordern unkomplizierte und schnelle Aufnahmeverfahren für die geflüchteten Menschen aus der Ukraine.“

Resolution „Demokratie und Sozialstaat bewahren – Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!“, David Stoop, 23.03.2024

„Am 24. Februar überfiel Russland unter Präsident Wladimir Putin die Ukraine. Schon jetzt hat dieser Krieg Tausende Opfer gefordert und Hunderttausende die Heimat gekostet. Dieser Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Putin trägt die volle Verantwortung für die Toten und die Menschen auf der Flucht. Putins Begründungen für den Krieg sind Lügen und Propaganda.

Wir machen uns große Sorgen über die Zukunft von Frieden und Sicherheit in Europa und der Welt. Diese Angst verbindet uns mit den Hunderttausenden Menschen, die nach Beginn des Krieges allein in Köln, Berlin, München, Frankfurt, Hamburg und Hunderten anderen Städten auf die Straße gingen und dort ihrer Empörung über Putins Krieg, ihre Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung, ihrer Angst vor einer weiteren Eskalation und ihrem Wunsch nach Frieden und Sicherheit Ausdruck verliehen. Mit ihnen gemeinsam haben wir gegen Putins Krieg und für Frieden demonstriert.

Diese Demonstrationen waren die größten Friedensdemonstrationen seit den Protesten gegen den Irakkrieg im Jahr 2003. Noch am selben Tag, an dem in Berlin die Menschen gegen den Krieg auf die Straße gingen, präsentierte die Bundesregierung mit Unterstützung der CDU/CSU ein Maßnahmenpaket, das die größte Aufrüstung Deutschlands seit Ende des Zweiten Weltkriegs vorsieht. Eine massive Hochrüstung der Bundeswehr hilft den Menschen in der Ukraine nicht. Die neu anzuschaffenden Waffen werden die Ukrainer:innen in ihrem Kampf und Recht auf Selbstverteidigung nicht unterstützen. Schon jetzt übersteigen die „Verteidigungsausgaben“ aller 30 NATO-Staaten die russischen um fast das Zwanzigfache. Die Anschaffung von konventionellen Waffen wie Kampfflugzeugen und bewaffnungsfähigen Drohnen als Abschreckung unter atomaren Militärblöcken ist sinnlos.

Die NATO-Länder und auch Deutschland haben schon vor 2014, das heißt lange bevor es den Ukraine Konflikt gab, begonnen, ihre Rüstungsausgaben deutlich zu steigern. Teile der Hochrüstungspläne finden sich schon im Koalitionsvertrag, weit vor den ersten Warnungen vor einer bevorstehenden russischen Invasion. Dieser Krieg und die fürchterlichen Bilder der Toten und Zerstörungen in der Ukraine können jedoch eine radikale Kursänderung in der deutschen Außenpolitik und die höchste Steigerung der deutschen Rüstungsausgaben seit dem Zweiten Weltkrieg – gar durch eine Grundgesetzänderung – nicht rechtfertigen. Eine solche Wende der deutschen Außenpolitik um 180 Grad, mit entsprechend dramatischen Folgen auch für die Innenpolitik – für den Sozialstaat, für Liberalität und Mitmenschlichkeit – ganz ohne breite gesellschaftliche Debatte, ohne parlamentarische, ja sogar ganz ohne innerparteiliche Debatte zu beschließen, wäre ein demokratiepolitischer Skandal.

Zusätzlich zu den bisherigen 49 Milliarden Rüstungsausgaben im Haushalt 2022 sollen noch in diesem Jahr 100 Milliarden als Sondervermögen eingestellt werden, das der Bundeswehr über mehrere Jahre zur Verfügung stehen soll. Diese Summe entspricht den Ausgaben mehrerer Bundesministerien, darunter so wichtige Ressorts wie Gesundheit (16,03 Mrd.), Bildung und Forschung (19,36 Mrd.), Innen, Bau und Heimat (18,52 Mrd.), Familie, Senioren, Frauen und Jugend (12,16 Mrd.), Wirtschaft und Energie (9,81 Mrd.), Umwelt (2,7

Mrd.), Zusammenarbeit und Entwicklung (10,8 Mrd.) sowie Ernährung und Landwirtschaft (6,98 Mrd.). Zukünftig sollen dann dauerhaft 2% des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung ausgegeben werden. Damit würden diese Ausgaben auf deutlich über 70 Milliarden Euro jährlich steigen. Gleichzeitig will die Bundesregierung an der „Schuldenbremse“ festhalten, was langfristig die Frage unserer demokratischen Prioritäten aufwirft und die Gefahr massiver Kürzungen im sozialen, im kulturellen, im öffentlichen Bereich mit sich bringt. Diese politische Weichenstellung zusätzlich mit einer Grundgesetzverankerung auch für zukünftige Regierungen verpflichtend zu machen, lehnen wir im Namen der Demokratie ab. Nicht Hochrüstung, sondern Sicherheit und soziale Gerechtigkeit sind Auftrag des Grundgesetzes. Wir fordern statt Entscheidungen, die quasi über Nacht und im kleinsten Kreis getroffen werden, die breite demokratische Diskussion über ein umfassendes Sicherheitskonzept, das die Sicherheit vor militärischen Angriffen genauso einschließt wie pandemische und ökologische Aspekte und dem das Konzept der Einheit von Sicherheit und gemeinsamer Entwicklung zugrunde liegt.

Wir sind konfrontiert mit Krieg und unendlichem Leid, mit Flucht, mit Armut und sozialer Unsicherheit, mit einer globalen Pandemie, die aufgezeigt hat, wie unsere Gesundheitssysteme auf Kante genäht sind, mit einer öffentlichen Infrastruktur, deren jahrzehntelange Vernachlässigung uns heute teuer zu stehen kommt, einer Kulturszene, die auf dem Zahnfleisch geht, und mit einer Klimakatastrophe, die genauso wenig vor Staatsgrenzen Halt macht und immense Investitionen in Zukunftstechnologien und soziale Abfederung erforderlich macht. Die auf Jahrzehnte geplante Hochrüstung beendet das Sterben in der Ukraine nicht, macht unsere Welt nicht friedlicher und nicht sicherer. Wir können sie uns im Namen der Zukunft nicht leisten.“

Resolution: „Den Mietenkampf verstärken - Volksbegehren unterstützen.“, Glavo, 24.03.2022

„Der Landesparteitag der LINKEN bekräftigt den Beschluss des Landesvorstandes zur Unterstützung der Volksinitiativen „Keine Profite mit Boden und Miete“ vom 09. September 2021, und ruft die Mitglieder, Gliederungen und Zusammenschlüsse auf und bittet die Fraktionen der LINKEN in der Bürgerschaft und in den Bezirksversammlungen im Sinne des Beschlusses tätig zu werden.

Ein wesentlicher Aktionsschwerpunkt der LINKEN im Herbst 2022 ist ggf. die Unterstützung der beiden Volksinitiativen.“

Beschluss des Landesvorstandes vom 04.09.2021

DIE LINKE Hamburg unterstützt die Volksinitiativen KEINE PROFITE MIT BODEN & MIETE!, weil sich ihre Forderungen, mit denen unserer Partei zur Wohnungspolitik weitgehend decken:

Die Volksinis fordern:

- Die Stadt und ihre Unternehmen verkaufen keine Grundstücke und Wohnungen mehr und
- Auf öffentlichem Grund gebaute Wohnungen haben eine Anfangsmiete wie
- Sozialwohnungen (1. Förderweg), z. Zt. 6,80 Euro netto/kalt, die um maximal 2% jährlich steigen darf. Die Mietpreisbindung gilt, anders als bei Sozialwohnungen, dauerhaft.

(Die genauen Abstimmungstexte und viele weitere Informationen stehen auf der Website der Volksinitiativen: <https://keineprofitemitbodenundmiete.de/>)

Der Landesvorstand ruft alle Gliederungen, Leitungen und Fraktionen dazu auf,

- Diskussionen mit Vertreter:innen der Volksinis zu organisieren, damit unsere Aktiven sich mit den Argumenten vertraut machen, Fragen und Bedenken diskutieren können.
- die Öffentlichkeitsarbeit der Volksinis zu unterstützen, indem sie die Bezirksverbände bitten, ihre Stellschilder nach dem 26.9. mit Plakaten der Volksinis bekleben oder durch deren Stellschilder ersetzen. Die Volksini stellt Einkleber mit zu bewerbenden Veranstaltungen zur Verfügung, um die Vorlaufzeit für die Plakatierung von Veranstaltungen zu wahren.
- offensiv mit Flyern der Volksinis zu arbeiten und
- die Bildung von Teams voranzutreiben, die in den Stadtteilen die Öffentlichkeitsarbeit für die Volksinis und die Unterschriftensammlungen zusammen organisieren. Dabei ist die Zusammenarbeit mit Menschen zu suchen, die nicht Mitglieder unserer Partei sind, aber ebenfalls für die Volksinis aktiv werden wollen.

Der Landesvorstand stellt der Partei einen Flyer im weiteren Verlauf weitere Materialien zur Verfügung, um die Öffentlichkeitsarbeit im Sinne der Volksinis zu unterstützen. Zudem soll eine Argumentationshilfe für unsere Parteimitglieder entwickelt werden, in der begründet wird, warum die LINKE als einzige Parlamentspartei KEINE PROFITE MIT BODEN & MIETE! Unterstützt.

Wird der Antrag auf Durchführung der Volksbegehren gestellt, unterstützt DIE LINKE Hamburg die Volksinitiativen finanziell mit mind. 2.000 Euro. Die genaue Verwendung wird eng mit der Volksini abgestimmt.

Beschluss des Landesvorstandes vom 04.09.2021 [Fortsetzung]

Begründung:

Nicht nur in Hamburg ist die Ansicht weit verbreitet, wegen des Mangels an preisgünstigen Wohnungen müsse der Wohnungsbau ausgeweitet, müssten möglichst viele Wohnungen gebaut werden – BAUEN, BAUEN, BAUEN! Ist das eine geeignete Strategie, dem Mangel abzuhelfen?

In Hamburg sind seit 2011 rund 75.000 Wohnungen gebaut worden. Die Stadt stellte dafür in großem Umfang Grundstücke zur Verfügung. Gebaut wurden zu etwa 25% Sozialwohnungen nach dem ersten und 5% nach dem zweiten Förderweg. Der „Rest“ besteht aus teuren, weil frei finanzierten und Eigentumswohnungen. Der „Drittmix“, also 1/3 Sozialwohnungen, 1/3 frei finanzierte und 1/3 Eigentumswohnungen wurde nie erreicht.

Zugleich fielen Tausende Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung. Gab es 2011 noch 100.000 preisgebundene Sozialwohnungen (1. Förderweg), sind es Anfang 2021 gerade noch 76.000. Zugleich haben 40% der Haushalte einen Anspruch auf eine solche Sozialwohnung. Angesichts weiter steigender Mieten und in diesem und den nächsten Jahren für die Mehrheit eher sinkenden oder stagnierenden Einkommen dürfte diese Zahl zukünftig steigen.

Warum hat der intensive Wohnungsbau der letzten 10 Jahre keine Entlastung gebracht? Die starke Auslastung der Bauwirtschaft treibt die Baupreise in die Höhe. Die Grundstückspreise stiegen ebenfalls stark an. Diese Preise steigen, weil Bodenspekulation große Profite bringt, aber auch wegen des Baubooms. Der Bau von hochpreisigen Wohnungen treibt das Mietniveau die Höhe. Häufig wird argumentiert, es würden günstigere Wohnungen frei, wenn die Mieter*innen in neue, teurere Wohnungen zögen. Die Wirklichkeit sieht anders aus: Neuvermietungen führen nahezu immer zu deutlichem Steigen der Mieten.

In den letzten 30 Jahren sind „städtische Immobilienmärkte ... zum Tummelplatz nationaler und internationaler Investoren jeder Couleur geworden“, wie in den Begründungen der Volksinitiativen festgestellt wird. Millionen Wohnungen bundesweit, in die Milliarden Steuergelder geflossen waren, wurden privatisiert. Sie landeten zum großen Teil – oft nach mehreren Weiterverkäufen – in der Hand von Rendite optimierenden Unternehmen wie Deutsche Wohnen oder Vonovia. Die Folgen der Privatisierungspolitik sind vielfältig: Luxussanierung und Vernachlässigung von Wohnungen, Abriss von günstigen und stattdessen Bau von teuren Wohnungen oder auch trotz Baugenehmigung nicht zu bauen und auf die Steigerung des Bodenpreises zu spekulieren. Privatisierung und die zunehmende Rolle von Investmentgesellschaften (z. B. BlackRock) sind die Hauptursache, sind das Kernproblem.

Aus diesem Grunde haben sich die Volksinitiativen gegründet. In der Auseinandersetzung mit der herrschenden Boden- und Wohnungspolitik werden wir immer wieder die Ursachen benennen und auf die Notwendigkeit hinweisen, die Inwertsetzung von Wohnraum wie auch des öffentlichen Raums zu begrenzen und langfristig zu beenden.

Nur so lassen sich die Wohnungsprobleme in den großen Städten lösen. KEINE PROFITE MIT BODEN & MIETE! geht einen Schritt in diese Richtung, hin zu einer Boden- und Wohnungspolitik, in der nicht die Profitinteressen im Mittelpunkt stehen, sondern das Grundrecht auf eine menschenwürdige Wohnung.

Wir haben die Chance, mit einer breiten Kampagne mit Betroffenen zusammen materielle Veränderungen durchzusetzen, die Wohnungspolitik Hamburgs vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Wir können zeigen: Es lohnt sich zu kämpfen und DIE LINKE ist aktiv dabei, weil sie nicht nur von Problemen redet und nicht nur um Stimmen werben will. Sie will gesellschaftliche Veränderungen, sie will Wohnen der Kapitalverwertung entziehen, damit das Menschenrecht Wohnen Wirklichkeit wird.

Bewerbungen für die Wahlgänge

Bezirksvertreter:innen:

(2 Plätze für von ihrer jeweiligen Bezirksmitgliederversammlung durch Wahl nominierte Genoss:innen, Einzelwahl)

1. Harburg: Eric Golbs
(https://www.die-linke-hamburg.de/fileadmin/lv/lpt/07_02/material/kandidaturen/EricGolbs220301.pdf)
2. Hamburg-Mitte: Kristian Glaser
(https://www.die-linke-hamburg.de/fileadmin/lv/lpt/07_01/kandidaturen/Kristian_Glaser.pdf)

Bundesausschussdelegierte

(2 Plätze, Delegiertenwahl)

1. Olaf Walther
(https://www.die-linke-hamburg.de/fileadmin/lv/lpt/07_02/material/kandidaturen/OlafWalther220322.pdf)
2. Hartmut Ring
3. Olga Fritzsche
4. Anke Ehlers

Finanzrevisionskommission

(3-5 Plätze, Wahl kann auf Antrag in offener Abstimmung durchgeführt werden)

Schiedskommission

(mindestens 6 Plätze, Wahl kann auf Antrag in offener Abstimmung durchgeführt werden)

1. Ulrike Gebauer
(https://www.die-linke-hamburg.de/fileadmin/lv/lpt/07_02/material/kandidaturen/UlrikeGebauer220220.pdf)
2. Wolfgang Petersen
(https://www.die-linke-hamburg.de/fileadmin/lv/lpt/07_02/material/kandidaturen/WolfgangPetersen220220.pdf)
3. Herbert Schulz
(https://www.die-linke-hamburg.de/fileadmin/lv/lpt/07_02/material/kandidaturen/HerbertSchulz220220.pdf)
4. Helga Niestroj
(https://www.die-linke-hamburg.de/fileadmin/lv/lpt/07_02/material/kandidaturen/HelgaNiestroj220305.pdf)
5. Cornelia Kerth
(https://www.die-linke-hamburg.de/fileadmin/lv/lpt/07_02/material/kandidaturen/CorneliaKerth220323.pdf)
6. Verena Brachvogel
(https://www.die-linke-hamburg.de/fileadmin/lv/lpt/07_02/material/kandidaturen/VerenaBrachvogel220324.pdf)

Kandidatur(-Begründung)en werden veröffentlicht auf:

www.die-linke-hamburg.de/partei/landesparteitag